

Deutsche Außenpolitik zwischen globalem Engagement und nationalen Interessen

Seminar

in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr,
organisiert von der Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e. V.
und gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung

für die Studenten des 9. Jahrgangs des Studiengangs
"Master of Peace and Security Studies - M.P.S."
des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH)
an der Universität Hamburg

07. – 09. Oktober 2010, Berlin



**unter der Seminarleitung von
Prof. Dr. Götz Neuneck, Naida Mehmedbegović Dreilich,
Hauptmann Axel Kukuk und Dr. Michael Rudloff**

Programm

1. Vorwort	2
2. Begrüßung und Einführung in das Seminar	3
3. Wer gestaltet die deutsche Außenpolitik? Die Verteilung der Kompetenzen zwischen Bundeskanzleramt und Auswärtigem Amt	4
4. Die Region Afghanistan/Pakistan und das Konzept der vernetzten Sicherheit der Bundesregierung	6
5. Die Bundeswehr im Umbruch – Welche Streitkräfte braucht die Bundesrepublik?	7
6. Besichtigung der Dachterrasse und der Kuppel des Reichstagsgebäudes mit der Ausstellung zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland	9
7. Die außenpolitische Verantwortung des wiedervereinigten Deutschland aus Sicht der Medien	10
8. Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) als Denkfabrik für außen- und sicherheitspolitische Fragen. Mit einem Vortrag über die Krise des Vertrags über die konventionellen Streitkräfte in Europa und die Zukunft der europäischen Rüstungskontrolle	12
9. Abrüstung und Rüstungskontrolle und die gegenwärtigen Herausforderungen an die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland	13
10. Die außenpolitischen Aufgaben des Bundespräsidenten	14
11. Die USA und ihre Rolle in der Weltpolitik	16
12. Geschichte und Politik vor Ort: Das wiedervereinigte Berlin – Ort internationaler Politik	17

1.

Vorwort

Auch dieses Jahr unternahm der Studiengang „Master of Peace and Security Studies“ (M.P.S.) des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) der Universität Hamburg seine erste Exkursion vom 7. bis 9. Oktober 2010 nach Berlin. Das Seminar befasste sich wie in den letzten Jahren mit dem Thema „Deutsche Außenpolitik zwischen globalem Engagement und nationalen Interessen“.

Profitieren konnten die Studenten des nunmehr neunten Jahrgangs dabei von der bewährten engen Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e.V. (asg) und der Bundeswehr. Die Exkursion wurde zusätzlich durch die Bundeszentrale für politische Bildung gefördert.

Die inhaltliche Planung im Hintergrund übernahm Herr Dr. Michael Rudloff, der Bundesvorsitzende der asg. Vor Ort übernahmen die Studiengangsleitung in Person von Naida Mehmedbegović und Prof. Dr. Götz Neuneck die Leitung der Gruppe. Dabei wurden sie organisatorisch und logistisch durch den Hamburger Jugendoffizier der Bundeswehr, Hauptmann Axel Kukuk, unterstützt.

Im Zentrum der Exkursion standen zunächst die aktuelle deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch ihre Entwicklung seit dem Ende der bipolaren Welt und der Herstellung der deutschen Einheit in den frühen 1990er-Jahren. Besonderes Interesse zeigten die Studierenden an dem Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr und der neuen Strategie der NATO. Auch die Bundeswehrreform und die amerikanische Außenpolitik waren Thema einer Vielzahl von Fragen.

Erfreulicherweise konnten die Organisatoren Entscheidungsträger unterschiedlicher politischer Institutionen als Referenten gewinnen. Diese stellten sich nach ihren Vorträgen den Fragen und kritischen Anmerkungen der insgesamt 24 Studierenden. Leider hatten nicht alle Vortragenden genügend Zeit, um die zahlreichen Nachfragen zu beantworten. Doch gerade wenn sich die Möglichkeit bot, entwickelten sich rege Diskussionen, die interessante Einblicke in den politischen Entscheidungsprozess boten.

Neben den Vorträgen nahmen die Studierenden an Führungen durch das Bundeskanzleramt, das Bundespräsidialamt und das Reichstagsgebäude sowie an einer „politischen“ Stadtrundfahrt durch die Bundeshauptstadt teil. Ein besonderes Highlight war der Besuch im Schloss Bellevue, wo die Gruppe in den Genuss eines gemeinsamen Fototermins mit dem Bundespräsidenten Christian Wulff kam.

Insgesamt nahmen die Studenten die Exkursion sehr positiv auf. Sie gewährte zum einen interessante Einblicke in die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik und trug zum anderen viel zum näheren Kennenlernen der Studenten untereinander bei.

Ellen Holder und Fabian Kümmeler



2.

Begrüßung und Einführung in das Seminar

Referenten: Hptm. Axel Kukuk, Jugendoffizier der Bundeswehr
Dr. Michael Rudloff, asg

Dr. Michael Rudloff stieß am ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit der DDR zu unserer Gruppe und stellte dort kurz die Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e.V. (asg) sowie den Ablauf der Seminartage vor.

Die asg ist eine Einrichtung der politischen Erwachsenenbildung und wurde 1950 auf Initiative des Deutschen Bundestages gegründet. Die Arbeitsgemeinschaft ist überparteilich und überkonfessionell tätig und als gemeinnützige Organisation anerkannt.

Die Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße in Berlin besteht aus mehreren großen Gebäudekomplexen, deren äußere, umgebende Häuser mit Bedacht so hoch gebaut wurden, dass eine absolute Uneinsehbarkeit des Komplexes gewährleistet war.

Im Anschluss an die Einführung besuchte die Gruppe das Stasi-Museum. Das eigentliche Gebäude der Staatssicherheit, in dem die Ausstellung bisher zu sehen war, konnten sie dabei nicht besichtigen, da dort zurzeit Renovierungsarbeiten durchgeführt werden. Die Ausstellung Staatssicherheit ist für diesen Zeitraum in das Gebäude der ehemaligen früheren Generalskantine des Führungsstabs des Ministeriums für Staatssicherheit, dem sogenannten „Feldherrenhügel“, ausgelagert.

Dieses Museum ist durch das Engagement von Bürgern aus Ost und West, ehemaligen Mitgliedern des Berliner Bürgerkomitees sowie früheren politischen Häftlingen gegründet worden. Mitte des Jahres 1990 gründeten sie einen Verein, um an diesem historisch wichtigen Ort Informationen über die SED-Diktatur, insbesondere über das Ministerium für Staatssicherheit, zu erhalten und auch für die Zukunft zur Verfügung zu stellen, um so eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu ermöglichen.

Die Ausstellung bot durch die Verwendung zahlreicher Originalgegenstände einen beeindruckenden Einblick in die Organisation, Abläufe und das tägliche Leben der Stasi und seiner Mitarbeiter, speziell von Erick Mielke, dem letzten Minister für Staatssicherheit der DDR.



Besonders interessant waren dabei unter anderem die reich bebilderten Lebensläufe sowohl auf Täter- wie auch auf Opferseite und das Arbeitszimmer von Erich Mielke zusammen mit dem Erinnerungs- und Fotoband über diesen ehemaligen Minister. Bemerkenswert war die Erkenntnis, dass selbst die Bestandteile seines Frühstücks nach einer von ihm selbst angefertigten „Frühstückskarte“ auf den Tisch gestellt werden mussten.

Auch die unterschiedlichen Methoden der Überwachung durch Kameras (unter anderem in Gießkanen, Stiften, Krawatten und Mülleimern) und Abhörgeräte nahmen einen großen Raum der Ausstellung ein und ließen das dichte Netz der Überwachung in der DDR erahnen.

Neben der Hauptausstellung gab es in einem kleinen Seitenraum noch eine weitere Dauerausstellung: „Die Zeugen Jehovas in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)“. In dieser Ausstellung wurde anhand von Einzelschicksalen sehr eindrucksvoll und detailliert das Leben und Engagement von Mitgliedern der Zeugen Jehovas wider der Überwachung und Kontrolle des DDR-Staates aufgezeigt.

Kristina Tonn

3.

Wer gestaltet die deutsche Außenpolitik? Die Verteilung der Kompetenzen zwischen Bundeskanzleramt und Auswärtigem Amt

Referent: Brigadegeneral Dr. Erich Vad, Leiter der Gruppe 22 des Bundeskanzleramtes

Nachdem uns Brigadegeneral Dr. Erich Vad im Bundeskanzleramt begrüßt hatte, informierte er uns über die traurige Begebenheit, dass es an diesem Mittag ein Selbstmordattentat in Kunduz gegeben habe. Dabei sei ein deutscher Soldat ums Leben gekommen. Trotz dieses Ereignisses nahm sich Vad Zeit für uns und referierte über die außenpolitischen Kompetenzen und derzeitigen sicherheitspolitischen Themen des Bundeskanzleramtes.

Als Leiter der Militärabteilung ist er im Kanzleramt für Rüstungs- und Militärexporte, aber auch für den Sicherheitsrat zuständig. Jedes der 15 Ministerien hat im Kanzleramt ein Referat für Expertise, die es der Kanzlerin zur Verfügung stellt. Brigadegeneral Vad ist in dieser Position nicht dem Verteidigungsministerium unterstellt, da so eine unabhängige Beratung sichergestellt werden soll. Eine gewisse Abhängigkeit besteht dennoch, da das Verteidigungsministerium mit seinem riesigen Apparat Informationen bereitstellt, die wiederum für seine Erkenntnisse und Vorschläge eine herausragende Rolle spielen. Sein Arbeitsbereich überschneidet sich daher teilweise mit Themenfeldern des Verteidigungsministeriums des Kanzleramtes. Es gibt jedoch auch Überlappungen mit dem Aufgabenspektrum des Auswärtigen Amtes. Seine Position befindet sich daher in manchen Fällen „zwischen den Stühlen“ und käme der eines Mediators gleich. Aufgrund der überschaubaren Größe der Referate im Kanzleramt sind die Wege zu den wesentlichen Entscheidungsträgern allerdings kurz und das Netzwerk sehr dicht, was seine eigentliche Aufgabe erleichtert: die Kanzlerin in allen Fragen des Verteidigungsressort zu beraten.



Momentan sind die Situation in Afghanistan sowie der zugehörige Untersuchungsausschuss und die Bundeswehrreform sicherheitspolitische Schwerpunkte. Zudem wird der NATO-Gipfel in Lissabon vorbereitet, wo auch das weitere Vorgehen in Afghanistan ein wichtiges Thema sein wird.

Im Anschluss an Vads Vortrag diskutierten die Studenten das neue strategische Konzept der Nato. Hier kam die Frage auf, inwieweit die neue NATO-Strategie die Global Zero Initiative aufgreifen werde. Das Papier lag dem General bereits vor und er bewertete es als einen guten Entwurf, in dem Themen der Cyber-Bedrohungen, der Abrüstung und den Beziehungen zu Russland behandelt würden.

Auf die Frage nach einem geplanten Abzug der deutschen Bundeswehr aus Afghanistan wies er darauf hin, dass eine Übergabe der Sicherheitszuständigkeit an die afghanischen Sicherheitskräfte nur in verantwortlicher Weise zu tätigen sei. Im Moment befände sich Afghanistan in einer *transition phase*. Der Abzug –*Redeployment* – könnte erst danach erfolgen. Das Mandat sollte daher am besten so belassen werden, wie es momentan ist. Ein tatsächlicher Abzug könnte wohl frühestens im kommenden Jahr ins Auge gefasst werden, wenn die Sicherheit in den Provinzen sichergestellt sei. Ein Abzugsdatum wollte er daher nicht nennen. Im Übrigen müsste man die Strategie der US-Amerikaner im *Midterm Review* abwarten.



Die deutschen Beziehungen zu Russland beschrieb Vad als ein sehr gutes Verhältnis, innerhalb dessen allerdings auch Kritik geübt werde – etwa mit Blick auf die Bürgerrechte. Russland sei ein wichtiger Akteur in der geopolitischen Landschaft, denn ohne Russland sei Sicherheit international kaum denkbar. Deutschland und vor allem Kanzlerin Merkel hätten im europäischen Vergleich ein besonderes Verhältnis zu Russland.

Trotz der aktuellen Geschehnisse nahm sich Brigadegeneral Vad viel Zeit für uns und beantwortete unsere Fragen ausführlich.

Daniel Kulms und Lisa Acker

4.

Die Region Afghanistan/Pakistan und das Konzept der vernetzten Sicherheit der Bundesregierung

Referentin: Irmgard Maria Fellner, Auswärtiges Amt

Im Auswärtigen Amt in Berlin empfing Frau Irmgard Maria Fellner die Gruppe. Sie ist im Auswärtigen Amt für den Bereich multilaterale Zusammenarbeit und PR zuständig und referierte über die vernetzte Sicherheit der Bundesregierung in der Region Afghanistan/Pakistan.

Ihr Vortrag gliederte sich in drei Teile. Zur Einführung informierte ein Kurzfilm über die Rolle und Aufgabe des deutschen Außenministers. Er erläuterte zudem die zwei wichtigsten Säulen der deutschen Außenpolitik: das starke transatlantische Bündnis und die Europapolitik. Im Beitrag betonte der aktuelle Außenminister Guido Westerwelle bei seiner Dienstreise nach Washington: „Es gibt geographisch große Länder und es gibt geographisch kleine Länder. Doch nicht nur mit großen Ländern, sondern auch mit kleinen Ländern muss respektvoll umgegangen werden“.

Im zweiten Teil des Vortrags wurden die Funktionen und Aufgabenbereiche des Auswärtigen Amtes vorgestellt. Die wichtigsten Tätigkeitsbereiche bestehen demnach in der Repräsentation Deutschlands in der Welt und in der Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten sowie zu zwischenstaatlichen und überstaatlichen Einrichtungen, den internationalen Organisationen. Aktuell wird insbesondere die innere Freundschaft nach Osten ausgebaut, beispielsweise durch kulturelle Austauschprojekte mit Polen. Weltweit hat Deutschland 229 Auslandsvertretungen, darunter insgesamt 150 Botschaften.

Den dritten und wichtigsten Teil des Vortrags bildete schließlich der Bericht über die Sicherheitspolitik Deutschlands in Bezug auf Afghanistan. Deutschland bildet immerhin den drittgrößten Truppensteller, ist jedoch nur eine Säule des internationalen Engagements. Insgesamt sind 47 verschiedene Nationen vor Ort im Einsatz. Bezüglich der Sicherheitspolitik Deutschlands wies Frau Fellner auf die Schlüsselrolle des Bundestages bezüglich des deutschen Engagements in Afghanistan hin, da dieser das Mandat für den Einsatz billigen muss. Das nächste Mandat für eine Verlängerung des Einsatzes erfolge im Februar 2011.



Der Einsatz Deutschlands in Afghanistan ist eine sehr neue und bisher einmalige Politikführung. Historisch war Deutschland bis 2001 nicht im Krieg in Afghanistan verwickelt, sondern pflegte stets guten Kontakt zu dem zentralasiatischen Land. Die Beteiligung Deutschlands an kriegerischen Einsätzen wird hierzulande insgesamt sehr kritisch gesehen, weshalb Frau Fellner andeutete, dass das Parlament und die Regierung bezüglich der Einsätze der Bundeswehr in Kriegsgebieten bereits weiter gingen, als die deutsche Bevölkerung bereit sei zu akzeptieren. Schließlich habe sich Deutschland seit dem 2. Weltkrieg das Ziel gesetzt, nie wieder in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt sein zu wollen und stets betont, dass deutsche Außenpolitik eine Friedenspolitik sei. Aktuell findet nach Frau Fellners Einschätzung eine Umkehrung dieser Perspektive statt, indem Deutschland sich in der Pflicht fühle, Soldaten ins Ausland zu schicken, um künftige Menschenrechtsverletzungen und Genozide zu vermeiden. Mit Blick auf den Krieg in Afghanistan wurde das deutsche Engagement durch das Argument der Selbstverteidigung und der Solidarität mit den USA begründet: „Die Verteidigung Deutschlands findet heute an keinem geringeren Ort statt, als am Hindukusch“.

Aus Frau Fellners Beitrag wurde deutlich, dass sie den Terrorismus zum einen aufgrund von dessen weltweiter Vernetzung durch Internet, Telefon, etc. und zum anderen aufgrund der Absicht der sogenannten „Terroristen“, die deutsche Kultur und Gesellschaft zu zerstören, als eine der größten Gefahren für Deutschland sieht. Die Motivation terroristischer Gruppen zu derartigen Handlungen erklärte sie sich zum einen durch die, wie sie es nannte, „dezentrale, mittelalterliche Stammesordnung“ der afghanischen Gesellschaftsstruktur und zum anderen durch den Anspruch der afghanischen Bevölkerung, sich als „Arier“ die Gleichsetzung mit den Deutschen durch kriegerische Auseinandersetzungen erringen zu wollen. Diese eher einer singulär westlichen Perspektive verhaftete Interpretation sowohl der afghanischen Gesellschaftsstruktur als auch der Hintergründe des gesamten Komplexes des Terrorismus führte im Anschluss zu einer angeregten Diskussion.

Auf die vom Publikum gestellten Fragen bezüglich der Widersprüchlichkeit des zuvor geäußerten technischen Fortschritts terroristischer Gruppierungen auf der einen und deren mittelalterlicher Gesellschaftsstrukturen auf der anderen Seite, gab es leider keine präzise Antwort. Vielmehr wurde zum Ende hin betont, dass Staaten bestimmte Interessen haben, welche sie durch weiteren wirtschaftlichen Export gesichert sehen wollen und dass eine Investition in diesem Bereich die einzige Möglichkeit sei, die nationale Sicherheit zu garantieren.

Fereshta Sahrai und Alison Sluiter

5.

Die Bundeswehr im Umbruch – Welche Streitkräfte braucht die Bundesrepublik?

Referentin: MdB Elke Hoff, Verteidigungspolitische Sprecherin der Fraktion der FDP

Nach der Begrüßung stellte die Bundestagsabgeordnete Elke Hoff zur Einleitung den Ablauf der Parlamentsarbeit und den typischen Tagesablauf eines Parlamentariers dar. Die Sitzungswoche, welche im Zweiwochenrhythmus mit der Arbeit in den Wahlkreisen alterniert, hat an jedem Wochentag eine festgelegte Struktur. Am Montag tagen die Führungs- und am Dienstag die Fraktionsgremien. Der Dienstagnachmittag ist der Fraktionssitzung vorbehalten. Am Mittwoch tagen die verschiedenen Ausschüsse, in denen Haushaltsfragen, Auskünfte der Regierungen etc. bearbeitet werden. Der Mittwochnachmittag ist durch parlamentarische Fragestellungen eingenommen. Donnerstag und Freitag finden Plenartage und Parlamentsdiskussionen statt. Hoff beschrieb die genauen Regeln, nach denen sich der Gesprächsverlauf im Bundestag zu richten hat. Normalerweise werden Redner und Redezeit genau festgesetzt. In den nicht öffentlichen Ausschüssen, wie etwa dem Verteidigungsausschuss, dem Hoff angehört, gelten allerdings weniger strenge Redebegrenzungen oder Frageordnungen.

Die Diskussion mit der MPS-Gruppe wurde durch eine Frage nach dem persönlichen Hintergrund und Werdegang von Fr. MdB Hoff eingeleitet. Hoff beschrieb daraufhin ihren Eintritt in den Bundestag im Jahr 2005 und ihre darauf folgende Arbeit im Verteidigungsausschuss der Liberalen.

Anschließend fragte Prof. Neuneck nach der Position der FDP zum Rückzug der deutschen Truppen aus Afghanistan und dem neuen strategischen Konzept der



NATO. Hoff betonte in ihrer Antwort die Wichtigkeit einer politischen Lösung für Afghanistan. Sie beschrieb, dass in Regierungskreisen zu lange eine militärische Lösung für möglich und erstrebenswert gehalten wurde. Ihr schwebte dabei die Einrichtung einer Art KSZE für Afghanistan und die angrenzenden Staaten vor. Das neue strategische Konzept der USA führe allerdings zu erheblich größerem Druck auf Seiten der verbündeten NATO-Staaten, da diese nunmehr mit höheren Opferzahlen unter ihren Soldaten rechnen müssten. Zu einem möglichen Abzug der deutschen Truppen verwies Hoff auf die Zielstärke der ANA, stellte aber auch die offene Frage nach deren Befugnissen und Finanzierung. Sie sah keine Alternative zu diesem Ausstiegskonzept, betonte aber auch die Einbindung der Nachbarstaaten.

Nachdem sie kurz die problematischen Aspekte in der pakistanischen Grenzregion erläuterte, sprach sie weiter über das neue NATO-Strategiekonzept. Sie zeigte sich gegenüber der Geheimhaltung des Konzepts unverständlich, erläuterte die Abrüstungsposition der FDP und sprach kurz über Russland und „cyber warfare“, welche in der NATO-Strategie eine entscheidende Rolle einnehmen würden. Hoff kritisierte noch einmal scharf die aus ihrer Sicht verfehlte Kommunikationspolitik von NATO Generalsekretär Rasmussen gegenüber den nationalen Parlamenten.

Danach wurde aus dem Plenum die Frage nach der Bundeswehrreform und dem überraschenden Meinungswechsel vieler Spitzenpolitiker gestellt. Hoff beschrieb die Inkompatibilität der Streitkräfte mit den neuen Aufgaben und erwähnte, dass die FDP schon länger für die Aussetzung der Wehrpflicht gewesen sei. Die Finanzkrise und Schuldenbremse hätten den Prozess lediglich beschleunigt. Eine weitere Frage bezog sich auf den Paragraph 87a und dessen Interpretation durch die FDP im Zuge der Bundeswehrreform. Außerdem wurde nach Alternativen zur Aussetzung der Wehrpflicht gefragt. Frau Hoff hielt in ihrer Antwort das Ziel von 165.000 Soldaten für zu niedrig und verwies auf eine tiefere sicherheitspolitische Analyse. Zudem hätte die demographische Entwicklung sowieso zu ähnlichen Problemen geführt. Hoff ergänzte dann, dass durch die Aussetzung der Wehrpflicht die Zielgruppe der jungen Frauen besser angesprochen werden könnte. Die FDP wäre auch mit sechs Monaten zufrieden gewesen, akzeptiert jetzt aber eine Freiwilligenarmee als neues Konzept. Sie sah die Zielstärke bei etwa 195.000 Soldaten, um die Bündnisfähigkeit zu gewährleisten. Die neuen Bedrohungen stellen den Paragraphen 87a allerdings in Frage und dessen Aktualität müsste überprüft werden. Die Aufgabenteilung innerhalb der NATO wurde von Hoff besonders hervorgehoben.



Eine weitere Frage nach dem Übergabezeitpunkt in Afghanistan und der Gewährleistung der Menschenrechte bei der enormen Korruption beantwortete Hoff erneut mit einer noch nicht genau festgelegten Zahl der ANA und bedauerte den Fehler, Afghanistan bisher als „Versuchslabor“ gesehen zu haben. Die Vernachlässigung der Kultur und der auf Kabul fixierte Ansatz seien klare Fehler gewesen. Hoff forderte mehr Demut in der internationalen Politik und die Besinnung auf grundlegende Faktoren, wie Wasserversorgung und Landwirtschaft. Sie schilderte daraufhin kurz ihre kritische Perspektive gegenüber der Arbeit von NGOs.

Eine weitere Frage beschäftigte sich mit dem enormen Zeitdruck, der auf den in Afghanistan tätigen Institutionen lastet und der Möglichkeit einer Prozesssteuerung unter diesen Umständen. Dies beantwortete Hoff mit einem verstärkten Kulturbezug und dauerhafterer Präsenz. Persönliche Bezie-

hungen, soziale Strukturen und die verstärkte Einbindung von Frauen wurden von ihr als neue Ziele genannt.

Die letzte Frage nach der Sicherheitskooperation zwischen EU und NATO beantwortete Hoff dahingehend, dass zwar für die EU die Zusammenarbeit mit der NATO noch Vorrang genieße, aber bei einer dauerhaften und stabilen GASP ersetzt werden könnte.

Daniel Köhler und Edith Novy

6.

Besichtigung der Dachterrasse und der Kuppel des Reichstagsgebäudes mit der Ausstellung zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland

Leitung: Dr. Michael Rudloff, asg

Über einen Verbindungstunnel gelangten wir vom Paul-Löbe-Haus in den Reichstag. Dort führte uns Herr Rudloff zunächst zu einzelnen Kunstwerken.

Gleich zu Beginn erklärte er uns einige mit Kohle und Kreide an eine Wand geschriebene russische Sprüche. Bei der Eroberung Berlins war die Kuppel für die Russen das Symbol des Sieges über Nazi-Deutschland. Nachdem sie den Reichstag erobert hatten, verewigten sie sich auf den Wänden: die einfachen Soldaten mit Ruß, die höheren Ränge mit Kreide. Bei späteren Renovierungsarbeiten wurde ein Teil der Mauer wieder freigelegt, auf der sich einige Sprüche erhalten hatten. Nachdem ein Mitarbeiter der russischen Botschaft die Aussagen auf ihre Unbedenklichkeit kontrolliert hatte, sind sie heute noch als Mahnung der Geschichte an der Wand zu sehen.



Im nächsten Raum betrachteten wir eine Installation der amerikanischen Künstlerin Jenny Holzer. Sie errichtete 1999 eine Stele mit digitalem Lauftext, auf der Reden von Reichstags- und Bundestagsabgeordneten von unten nach oben laufen.

Von dort ging es über die Treppen nach oben. Nachdem wir einen kurzen Blick von oben in den Plenarsaal erhaschen konnten – inklusive der Bundeskanzlerin in Aktion –, gingen wir weiter in Richtung Kuppel.

Auf der Dachterrasse zeigte uns Dr. Rudloff die wichtigsten Sehenswürdigkeiten, die von dort zu sehen waren: den Potsdamer Platz, die Kongresshalle, das Kanzleramt, den Fernsehturm, den Berliner Dom, das Rote Rathaus und das Brandenburger Tor.

In der Kuppel erklärte er uns das moderne ökologische Konzept der für den Umbau des Reichstages neugestalteten Kuppel: Die offene Kuppel dient sowohl zur Beleuchtung des Plenarsaals mit Tageslicht als auch zur Entlüftung. Erstaunlich ist dabei, dass durch die zehn Meter breite Öffnung die Abluft so stark ausströmt, dass selbst bei normal starkem Regen kein Wasser in den Plenarsaal dringt.



Anna-Karina Bayer

7.

Die außenpolitische Verantwortung des wiedervereinigten Deutschland aus Sicht der Medien

Referenten: Maik Wittenbacher, Redakteur Kommunikation der ARD, und Christian Thiels, ARD-Korrespondent

Nach der Besichtigung der Dachterrasse und der Kuppel des Reichstags ging es weiter zu Fuß und bei sonnigem Wetter zur Wilhelmstraße 67a. Ebenfalls in Berlin-Mitte befindet sich hier der Sitz der „Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland“.



Oder einfacher: das ARD-Hauptstadtstudio. Nur wenige Meter vom Ort des bundespolitischen Geschehens entfernt, bietet diese Station einen willkommenen Perspektivenwechsel. In einem Gespräch mit dem Journalisten Christian Thiels, der einige Jahre lang Mitglied im SWR-Fernsehreporterteam für Einsätze in Krisengebieten war und jetzt als Korrespondent im Berliner Studio für die Themen Verteidigung und Äußeres zuständig ist, sollte über die außenpolitische Verantwortung Deutschlands diskutiert werden.

Vorher aber gab Redakteur Maik Wittenbacher den Exkursionsteilnehmern eine kleine

Einweisung, was man unter öffentlich-rechtlichem Rundfunk zu verstehen habe. Dabei wurde auch über etwaige Nachteile dieses Konzepts, wie Einflussnahme der Politik auf die Medien, diskutiert. Auch über das Medium Internet und die Problematik der Trennung von Meinung und Nachricht wurde gesprochen und die täglichen Arbeitsabläufe in einem Haus wie dem ARD-Studio Berlin erörtert. Und da der Friedensnobelpreis in diesem Jahr nicht an Helmut Kohl ging, sondern die Wahl des norwegischen Nobelkomitees auf den chinesischen Schriftsteller und Dissidenten Liu Xiabobo fiel, hatte Wittenbacher auch mehr Zeit für Fragen und den anschließenden Rundgang durchs Haus. Obwohl wir es dem Altkanzler natürlich gegönnt hätten, gab es nun statt einer Sondersendung einen Blick hinter die Kulissen eines Fernsehstudios. Hier sorgte besonders der „Bluescreen“ für Aufsehen, der – platzierte man sich geschickt davor – jeden M.P.S.-Studierenden wie einen professionellen ARD-Korrespondenten wirken ließ.

Zurück im Seminarraum ging es im Gespräch mit dem Journalisten Christian Thiels um ernstere Themen. Thiels, der schon von den verschiedensten Konfliktherden dieser Welt berichtet hat, zeigte als Diskussionsgrundlage einen Beitrag über den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr, der versuchte, „die Realität der deutschen Soldaten ins Blickfeld zu nehmen“, wie Thiels das formulierte, und damit für eine authentische Darstellung des Geschehens in Afghanistan zu sorgen. Da „Thesjournalismus“ nicht so sein Ding sei, habe Thiels versucht, das Thema so zu transportieren, wie es sei. „Sturmangriff auf die Taliban“, „Bekämpfung von Aufständischen und Terroristen“, „militärische Gewalt“ – solche Begriffe tauchten in den Wortbeiträgen eines Hauptfeldwebels und anderer Soldaten im Rahmen der Dokumentation auf. Der Film war dabei schon einige Jahre alt. Aber Thiels ging es damit nach wie vor darum, für eine realistischere Darstellung eines Krieges zu sorgen, der, seiner Ansicht nach, dringend auch als ein solcher benannt werden sollte.



Seine eigene Rolle als Journalist überschätze er nicht, gerade was außenpolitische Themen angehe. „Es ist alles so weit weg“, sagte Thiels. Es sei deshalb schwer, das Interesse der Menschen für solche Themen zu wecken, „insbesondere solange die Politik sich das Thema nicht auf die Fahnen geschrieben hat“, ein Grund warum Thiels die „neue Offenheit“ des Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg begrüßte. Auch wenn der Journalist den Einfluss der Medien – abgesehen vom Boulevardblatt „Bild“ – nicht als besonders hoch einstufte, sah er es dennoch als seine Pflicht an, gerade in seiner Funktion als Korrespondent im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik, solche Themen anzusprechen. Thiels beklagte dabei insbesondere, dass eine Diskussion über sicherheitspolitische Themen bisher in Deutschland noch kaum stattfände. „Es wird meist lediglich über die Ursachen diskutiert, aber es fehlt noch immer an einer grundsätzlichen sicherheitspolitischen Debatte“, betonte er.

Victoria Redmond und Stefanie Probst

8.

Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) als Denkfabrik für außen- und sicherheitspolitische Fragen. Mit einem Vortrag über die Krise des Vertrags über die konventionellen Streitkräfte in Europa und die Zukunft der europäischen Rüstungskontrolle

Referent: Oberst a.D. Wolfgang Richter

Am Nachmittag des zweiten Exkursionstages besuchten wir die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Oberst a.D. Wolfgang Richter begrüßte uns und stellte sich, seine berufliche Laufbahn sowie die Schwerpunkte der Stiftung vor. Die 1962 in München gegründete Stiftung beschäftigte sich zunächst mit Fragen des Kalten Krieges. Nach dem Umzug nach Berlin im Jahre 2001 verlagerte sich der Schwerpunkt vor allem auf europäische sowie globale friedens- und sicherheitspolitische Themen. Die mehr als 60 wissenschaftlichen Mitarbeiter betreiben unabhängige Forschung in acht Arbeitsgruppen: EU-Integration, EU-Außenbeziehungen, Sicherheitspolitik, Amerika, Russland/GUS, naher/mittlerer Osten und Afrika, Asien und globale Fragen. Hauptaufgabe der SWP ist die Beratung der deutschen Regierung und des Bundestages.

Im Rahmen seines Vortrags ging Herr Oberst a.D. Richter auf sein Forschungsthema ein: die Bedeutung von Abrüstung und Rüstungskontrolle für die europäische Sicherheitsordnung. Er arbeitete besonders die Entwicklung und die Krise des „Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa“ (KSE-Vertrag) sowie die Zukunft der europäischen Rüstungskontrolle heraus.

Zunächst schilderte er den Einfluss der bipolaren Weltordnung auf die Rüstungskontrolle während des Kalten Krieges. Nach vorausgegangenen vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen und der Entspannung des Ost-West-Konfliktes war es das Ziel des 1990 unterzeichneten KSE-Vertrags, ein Gleichgewicht zwischen den 30 Vertragspartnern aus NATO- und Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes zu schaffen.

In den folgenden Jahren gab es Verhandlungen über die Anpassung des Vertrags an die aktuelle politische Situation. Dabei ging es unter anderem um Abrüstung in quantitativ unterschiedlichem Ausmaße der Vertragspartner. Es wurden fünf Kategorien konventioneller Waffen im Konflikt festgelegt. Aufgrund wachsender Regionalkonflikte und Beitrittsbemühungen ehemaliger sowjetischer Staaten zur NATO suspendierte Russland 2007 den KSE-Vertrag. Oberst a.D. Richter verdeutlichte, dass eine rechtsverbindliche Rüstungskontrolle weiterhin unabdingbar für die europäische Sicherheit sei.



Zukunftsperspektiven sah er zum einen in der bereits stattgefundenen „host nation consent“-Initiative im Sommer 2010 als auch in dem im Dezember 2010 stattfindenden OSZE-Gipfel in Astana.

Catia Ranchordas Dawood, Kirsten Eberhardt, Rebecca Schmitz und Yumi Igarashi

9.

Abrüstung und Rüstungskontrolle und die gegenwärtigen Herausforderungen an die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland

Referent: Oberst a.D. Wolfgang Richter

Im Anschluss an den Vortrag fand eine angeregte Diskussion zwischen Herrn Richter und dem sehr interessierten Publikum statt. Die Fragen spiegelten die unterschiedlichen Interessen der Teilnehmer wider und Oberst a.D. Richter ging bei seinen Antworten detailliert auf die Fragesteller ein. Zur Sprache kamen die folgenden Themen:

Führen die Waffenlieferungen der USA an Saudi-Arabien und von Russland an den Iran zu einem Stellvertreterwettrüsten im Nahen Osten und wird aufgrund dessen ein Vertrag über konventionelle Streitkräfte im Nahen Osten ähnlich dem KSE in Europa notwendig? Nach Einschätzung von Herrn Richter habe Russland kein Interesse an einem erneuten Wettrüsten. Als Beweis hierfür führte er an, dass erst kürzlich eine Waffenlieferung an den Iran ausgesetzt wurde. Gemäß Herrn Richters Einschätzung werde es keinen Vertrag zur Begrenzung von konventionellen Streitkräften im Nahen Osten geben.

Gibt es einen Bezug zwischen einer Erneuerung des KSE-Vertrages und der Abrüstung der verbliebenen taktischen Nuklearwaffen der NATO auf europäischem Boden, d.h. gibt es einen Bezug zwischen konventioneller und nuklearer Abrüstung? Konventionelle und nukleare Abrüstung seien auf jeden Fall als ein Thema zu behandeln, da die konventionellen russischen Streitkräfte Russlands derzeit schwach sind und Russland darum zum Ausgleich taktische Nuklearwaffen als Hauptabschreckungsinstrument nutze. Zusätzlich empfinde Russland den US-amerikanischen Raketen-schild als Bedrohung gegen sich und nicht als Absicherung gegen den Iran. Laut Herrn Richter sei es daher zentral, dass sowohl konventionelle und nukleare Abrüstung als auch das Thema „Missile Defense“

gemeinsam behandelt werden. Weitere Abrüstungsverhandlungen mit Russland würden nur dann erfolgreich sein, wenn die westlichen Staaten Zugeständnisse (Reassurances) an Russland machen und an einer Vertrauensbildung arbeiteten.



gemeinsam behandelt werden. Weitere Abrüstungsverhandlungen mit Russland würden nur dann erfolgreich sein, wenn die westlichen Staaten Zugeständnisse (Reassurances) an Russland machen und an einer Vertrauensbildung arbeiteten.

Führt die moderne Technik und die damit verbundene Entwicklung von ferngesteuerten Kampfdrohnen – Stichwort UAV (Unmanned Aerial Vehicles) – zu einer Entpersönlichung der Kriegsführung und damit auch zu größerer Zerstörung? UAVs sind derzeit ein aufkommendes Thema in der Rüstungskontrolle. Die beiden zentralen Fragestellungen sind die Legitimität von gezielten Angriffen innerhalb des Völkerrechts (targeted killings) und was diese Technologie heutzutage überhaupt leisten kann. Nach Richters Einschätzung führten moderne Kampfmethoden nicht zu einer weiteren Entpersönlichung der Kriegsführung solange die Entscheidung über den Abschuss in menschlicher Hand bleibe. Gemäß Richter sei die „Entfremdung“ zwischen den Gegnern ein kontinuierlicher Prozess (Ende des direkten (Nah-)Kampfes, Einsatz von Feuerwaffen, Bombardierungen). Somit bringe der Einsatz von ferngesteuerten Kampfdrohnen keine neue moralische Dimension mit sich. Neuneck ergänzte, dass ein weiteres zentrales Problem sei, dass der Allgemeinheit der Eindruck vermittelt würde, dass es möglich sei, die „Bösen“ zu eliminieren. In Wahrheit würde es aber immer noch zu zivilen Opfern kommen. Dies berge auch immer die Gefahr in sich, weitere Teile der Bevölkerung zu radikalisieren und somit neue Terroristen hervorzubringen.

Steht die starke Lobby der Rüstungsindustrie einer weiteren Abrüstungspolitik im Weg? Viel bedeutender als der Einfluss der Rüstungsindustrie sei die Kooperation zwischen Europa, den USA, Russland und weiteren Staaten. Zudem haben sich diese Staaten in verschiedenen Abrüstungsverträgen dazu bekannt, Ihre Massenvernichtungswaffen aufzugeben. Daher sieht Richter keine Indizien dafür, dass die Rüstungsindustrie die Abrüstungspolitik aktiv behindert.

Was sind die Erwartungen bezüglich des Gipfeltreffen der OSZE in Astana im Dezember 2010? Richter erwartet von der Konferenz weder weltbewegende Beschlüsse noch konkrete Lösungen für aktuelle Konflikte (z. B. Georgien). Vielmehr ist eine Bestätigung des gemeinsamen Engagements zu erwarten. Im Allgemeinen ist eine positive Tendenz festzustellen, ein Neubelebungsversuch des Dialogs innerhalb der OSZE. Dass das Gipfeltreffen in der kasachischen Hauptstadt stattfinden werde, sei auch positiv zu werten, da es die wichtige Rolle der OSZE als Stabilitätsanker in Zentralasien aufzeige.

Kristian Kouros und Mélanie Gerber

10.

Die außenpolitischen Aufgaben des Bundespräsidenten

Referent: Dr. Armin Wagner, Bundespräsidialamt

Die durch Herrn Dr. Wagner durchgeführte Besichtigung des Schloss Bellevue und des Bundespräsidialamts verband (kunst-)historische Elemente und Einblicke in die Arbeit des derzeitigen Bundespräsidenten Christian Wulff.

Das von den Hohenzollern im 18. Jahrhundert (Fertigstellung 1786) zunächst als reines „Wohnschloss“ im Stil des Klassizismus konzipierte Schloss Bellevue, fand ab 1844 seine Funktion als erstes Kunstmuseum Preußens. Auch in der Weimarer Republik wurde es für Kunstausstellungen genutzt. Im 2. Weltkrieg völlig zerstört, wurde das Schloss nach dem Krieg als Berliner Amtssitz des Bundespräsidenten wieder aufgebaut und vollständig restauriert. Erhalten blieb nur der von dem Architekten Carl Gotthard Langhans entworfene „Ballsaal“. Dieser wird heute für offizielle Empfänge genutzt. Ab 1957 diente das Schloss neben der Villa Hammerschmidt in Bonn als zweiter Amtssitz des Bun-

despräsidenten. Erst 1994 wurde das Schloss durch das Berlin-Gesetz zum ersten Amtssitz des Bundespräsidenten erklärt.

Die Flagge auf dem Dach des Schlosses bleibt auch gehisst, wenn des Bundespräsidenten sich nicht im Schloss oder in anderen Teilen Deutschlands aufhält. Sie wird nur in zwei Fällen eingeholt: wenn der Bundespräsident in einem anderen Land auf Staatsbesuch ist oder wenn er sich in seinem Bonner Amtssitz aufhält.

Der Bundespräsident vertritt die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich. Er empfängt und bestätigt ausländische Botschafter durch Entgegennahme ihrer Akkreditierung, deutsche Vertreter beglaubigt er. Mittels karitativen Engagements (Schirmherrschaften) und „Symbolpolitik“ (Wahl und Reihenfolge seiner Staatsbesuche) ist es dem Präsidenten möglich, themenspezifische Akzente für sein außenpolitisches Engagement zu setzen. Des Weiteren besitzt er ein begrenztes Gesetzprüfungsrecht.



Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben wird der Bundespräsident von den Mitarbeitern des Bundespräsidialamts unterstützt. Das Bundespräsidialamt befindet sich seit 1998 nur wenige Schritte vom Schloss entfernt. Dort arbeiten die 150 Mitarbeiter in den drei Abteilungen des Amts: Inlands-, Auslands-, und Zentralabteilung. Der Chef des Bundespräsidialamts hat den Rang eines Staatssekretärs.

Die Inlandsabteilung unterstützt den Bundespräsidenten bei den ihm von der Verfassung übertragenden Aufgaben. Hier werden zum Beispiel Gesetzesvorlagen geprüft und Treffen des Bundespräsidenten vorbereitet. Von hier aus wird auch der Kontakt mit der Bundesregierung gehalten.

Die Auslandsabteilung ist durch Beamte aus dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für Verteidigung und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vertreten. Hier wird über außenpolitische Aussagen des Bundespräsidenten abgestimmt sowie seine Auslandsreisen organisiert.

Die Zentralabteilung regelt die internen Haushalts- und Organisationsfragen. Zudem findet das Protokollreferat hier seine Zuständigkeit und ist für den reibungslosen Ablauf von Empfängen und Staatsbesuchen verantwortlich. Dem Bundespräsidenten steht im Amt ein persönliches Büro zur Verfügung, dessen Mitarbeiter ihn bei amtlichen Auftritten begleiten und seinen Terminplan führen. Auch verfügt das Amt über ein Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Für die künstlerische Gestaltung im Inneren des Gebäudes war Lothar Baumgarten zuständig. Das dreistöckige ellipsenförmige Gebäude wurde in den Arkadengängen mit 90 zweifarbigen Majolika-Tafeln versehen, welche neben den Bürotüren der Mitarbeiter in die Wand eingelassen wurden. Die Farbsymbolik der Tafeln beruft sich auf die Gemälde Caspar David Friedrichs. Die Farben wurden denjenigen Gemälden entnommen, wo Himmel und Erde aufeinander treffen und sich scheinbar berühren.



Unerwartetes Highlight der Führung durch das Schloss Bellevue war ein ungeplantes Treffen mit dem derzeitigen Bundespräsidenten Christian Wulff, das mit einem gemeinsamen Fototermin auf der Treppe seines Amtssitzes gekrönt wurde.

Julia von Studzinsky

11.

Die USA und ihre Rolle in der Weltpolitik

Referent: John Bauman, ehem. Leiter der politischen Abteilung
der Botschaft der USA in Deutschland

Am 9. Oktober 2010 hörte die Gruppe im Tagungszentrum der Julius-Leber-Kaserne ein Referat von dem ehemaligen Leiter der politischen Abteilung der Botschaft der USA in Deutschland, John Bauman, über „Die USA und ihre Rolle in der Weltpolitik-gehört“. Bauman verglich die US-Außenpolitik unter dem zweiten Mandat des ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush mit der des jetzigen Präsidenten Barack Obama. Er argumentierte, dass die Strategie sich nicht viel verändert habe.

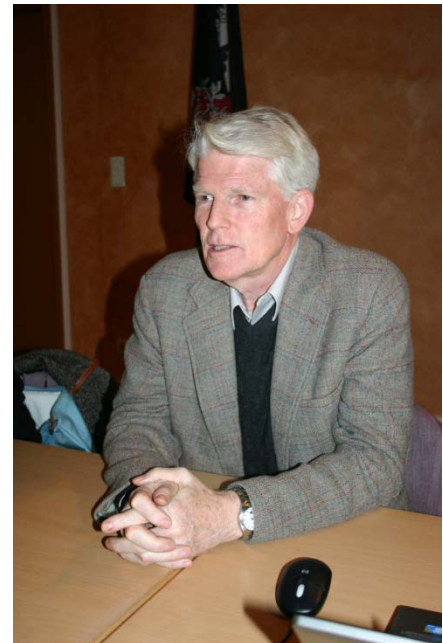
Um dieses Argument zu unterstützen, besprach er die vier internationalen Reden Obamas, die er im Verlauf des Jahres 2009 in Prag, Kairo, Moskau und Accra gehalten hat. Dort befasste sich Obama u. a. mit der Verpflichtung zur Abrüstungskontrolle, der Einstellung der USA zum Islam, der Verbesserung der Beziehung zu Russland und der Entwicklungshilfe für statt humanitärer Hilfe in Afrika.

Die wichtigste Rede Obamas sei seine Rede bei der Friedensnobelpreisverleihung in Oslo gewesen. In dieser Rede erwähnte er seinen Plan für die Richtung der US-Außenpolitik durch fünf Prinzipien, von denen besonders das letzte sehr umstritten ist:

- 1) Eine „rules-based international order“,
- 2) mit anderen Ländern direkt zusammenzuarbeiten,
- 3) den Nicht-Verbreitungsvertrag nicht nur zu respektieren, sondern zu erweitern,
- 4) das Konzept der wirtschaftlichen Sanktionen zu ändern – weniger Bestrafungen zugunsten mehr „face-saving measures“ und
- 5) Gewalt müsse angemessen benutzt werden, um Frieden zu schaffen.

Außerdem problematisierte Bauman die US-Innenpolitik, insbesondere die Probleme, die Obama innerhalb des Landes hat, und inwiefern diese Probleme es ihm nicht erlauben, seine Außenpolitik durchzuführen:

- 1) Die Wirtschaftskrise (hohe Arbeitslosigkeit, Rezession),
- 2) die Reform des Gesundheits- und Schulwesens,
- 3) die Tea Party, die jegliches Regierungsengagement ablehnen,



- 4) die Wahl am 2. November 2010 – wo die Demokraten viele Sitze im Congress verlieren könnten und
- 5) ein hoch polarisierter Kongress – wo die Republikaner nahezu jedes Engagement seinerseits behindern.

Bauman erklärte, dass Obama unbedingt entweder in der Außenpolitik oder Innenpolitik Erfolg haben müsse, um 2012 wiedergewählt zu werden.

Nach der Rede wurden sehr viele Fragen von Zuhörern gestellt. Themen wie die US-Außenpolitik gegenüber Lateinamerika, Afrika, dem Nahen- und Mittleren Osten sowie Russland wurden erwähnt. Eine der interessantesten Fragen befasste sich mit der Zukunft der Vereinigten Staaten als „Superpower“ und wie Bauman die Position der USA in der Welt sehe. Er meinte, dass die Macht der USA wirtschaftsabhängig sei, aber dass China jetzt auch stärker werde und gegen Ende des 21. Jahrhunderts die neue Supermacht sein könnte. Natürlich würde die internationale Weltordnung dann sehr anders aussehen, sagte Bauman. Er glaube aber, dass Obama schon über eine solche Zukunft und deren Auswirkungen nachdenke.



Katryna Martens, Natalija Miletić und Nerkez Opačin

12.

Geschichte und Politik vor Ort: Das wiedervereinigte Berlin – Ort internationaler Politik

Referentin: Susanne Kästner, freie Mitarbeiterin des Bundespresseamtes

Berlin, die alte und neue Hauptstadt Deutschlands, ist wie keine andere Stadt verknüpft mit Leid und Fehleinschätzungen, aber auch mit Erfolgen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts fanden hier viele sowohl politische als auch soziale Prozesse statt, die zur Wiedervereinigung Berlins führten.

Eine Tour durch Berlin spiegelt die vielfältige Geschichte und Politik der Stadt wider. Ein erstes Beispiel ist das Bundeskanzleramt, der Sitz des Kanzlers bzw. der Kanzlerin. Zurzeit regiert Frau Merkel und vertritt die vom Bundestag beschlossene Politik der Regierung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Nicht weit vom Bundeskanzleramt und dem ihm gegenüberstehenden Reichstagsgebäude entfernt ist eine riesige Baustelle. Das ist das Gebäude des Innenministeriums, das sich immer noch im Bau befindet. Das zeigt, dass die Umstellungsprozesse nach der Vereinigung noch nicht abgeschlossen sind.

Der Reichstag, ein zentraler Punkt der deutschen Geschichte, steht auch für deren Ambivalenz. Heute das Symbol von Wiedervereinigung und Demokratie stand er zu Zeiten des Nationalsozialismus für Diktatur und Unterdrückung bis hin zu der Inhaftierung und Ermordung von Millionen von Menschen.

Ein Stück weiter auf der Besichtigungsrouten liegt das Schloss Bellevue, der Sitz und das Büro des Bundespräsidenten. Es wurde 1786 als private Residenz für Ferdinand von Preußen, dem jüngsten Bruder von Friedrich dem Großen, nach den Plänen des Architekten Michael Philipp Daniel Boumann gebaut. Dem Bundespräsidenten obliegt unter anderem die Ratifizierung von Gesetzen, die vom Bundesrat genehmigt wurden. Er beruft und entlässt die jeweiligen Minister und unter Umständen auch den

Bundeskanzler. Weiter beruft er deutsche Botschafter und empfängt ausländische Staatsgäste und ausländisches Botschaftspersonal. Er repräsentiert Deutschland im In- und Ausland. Zum Bundespräsidialamt führt eine breite Straße. Die grandiosen Denkmäler der Sowjetischen Armee sollten der Welt zeigen, dass der Traum der Nationalsozialisten, die Welt zu erobern und von Berlin aus zu regieren, gescheitert ist.



Relativ zentral steht die Gedenkstätte zur Erinnerung der 6 Millionen Juden, die im Holocaust ermordet wurden. Die Architektur gibt auf den ersten Blick keinen Hinweis auf die Shoa. Die Idee des Architekten dahinter ist: Deutschland ist als Folge des Zweiten Weltkrieges und der Ermordung von circa 6 Millionen Juden entstanden. Genauso ist der Gründungsmythos des Staates Israels eng mit dem Holocaust verbunden.

Das Brandenburger Tor – ein Symbol für Triumph und Tragödie – steht auf der 1,5 km langen Straße „Unter den Linden“. Zur Zeit der deutschen Teilung lag das Brandenburger Tor im Sperrgebiet auf der Seite Ostberlins. Die Berliner Mauer ist stückweise überall präsent. Sie war ursprünglich 22 Zentimeter dick und 3,60 Meter hoch. Oben war sie mit einer Rundung versehen, damit man die Kante schlecht greifen und die Wand somit nicht überwinden konnte. Die Mauer bezeugt die schmerzhafteste Trennung, die es im Volk gegeben hat. Wenn man den Alexanderplatz, den Rosa-Luxemburg Platz und den aus der Literatur bekannten Rosentaler Platz hinter sich lässt, sieht man auf einem Rasenstück eine im Wasser versinkende Mauer – ein Symbol dafür, dass die Mauer nur noch ein Teil der Geschichte ist. Jetzt ist Berlin nicht mehr geteilt und das Volk nicht mehr getrennt. Das Denkmal mahnt uns, die Geschichte des Deutschen Volkes nicht in die Vergessenheit geraten zu lassen, die Geschichte der Berliner Mauer sich nicht wiederholen zu lassen.

Nicolai Rudac und Kenneth Gbandi

Bericht zur Berlin-Exkursion des MPS-Jahrgangs 2010/2011 im Oktober 2010

Redaktion und Layout: Fabian Kümmeler und Ellen Holder

Fotos: Kenneth Gbandi, Götz Neuneck (Titelseite und S. 9),
Anna-Karina Bayer (S. 8 und S. 10 unten) und Katryna Martens (S. 10 oben)